

CO₂ Abgabe e.V.
Alfred-Döblin-Platz 1
79100 Freiburg
Tel ++49 (0)761-45893277
E-Mail: info(at)co2abgabe.de



**CO₂-Preis in den Koalitionsvertrag!
Offener Brief an die Koalitionäre einer möglichen Koalition
aus CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen**

Freiburg, den 7.11.2017

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,
sehr geehrter Herr Lindner,
sehr geehrte Frau Göring-Eckardt, sehr geehrter Herr Özdemir,

eine effiziente Klimaschutzpolitik ist **die** zentrale Herausforderung unserer Zeit und keine Frage der Parteizugehörigkeit.

In der aktuellen Legislaturperiode müssen daher unbedingt die grundlegenden Weichenstellungen vorgenommen werden, um die Ziele des Klimaschutzabkommens von Paris zu erreichen und den Reduktionspfad für Treibhausgase (Dekarbonisierung) noch rechtzeitig einschlagen zu können.

Die Durchsetzung wirkungsvoller CO₂-Preise auf alle fossilen Energieträger und über alle Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr) muss zeitnah gelingen, denn die Zeitspanne für ein wirkungsvolles Handeln wird stetig kleiner.

Da alle Bemühungen (z.B. über einen Emissionshandel) bisher nicht zu den dringend notwendigen CO₂ Reduktionen geführt haben, setzt sich der im Frühjahr 2017 gegründete Verein für eine nationale CO₂ Abgabe e.V. dafür ein, eine wirkungsvolle CO₂-Bepreisung gesetzlich zu verankern.

Es geht dabei um **keine neue Steuer**, denn die CO₂-Bepreisung kann aufkommensneutral mit einer angemessenen ansteigenden Abgabe auf fossile Energieträger wie Kohle, Öl & Erdgas erhoben werden. Mit den Erlösen können die EEG-Umlage, die KWKG-Umlage, die Stromsteuer sowie die Steuern auf Erdgas und Heizöl finanziert werden. Bürger und mittelständische Unternehmen zahlen damit insgesamt nicht mehr und es profitiert, wer sich klimagerecht verhält.

Ein sektorübergreifender CO₂-Preis von anfänglich 30-50 €/Tonne organisiert nicht nur völlig marktkonform, technologieneutral und sozial austariert den Ausstieg aus der Kohle, sondern kann auch erheblich zur Entbürokratisierung des zu kompliziert gewordenen Energierectes und der derzeitigen Fördermaßnahmen beitragen.

Er erfüllt damit die wesentlichen Kriterien, die CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an verschiedenen Stellen ihrer Parteiprogramme für die Umsetzung der Klimaschutzziele formuliert haben. Eine grundsätzliche Einigung auf eine umfassende CO₂-Bepreisung könnte damit wesentlich zum Gelingen einer möglichen Jamaikakoalition beitragen.

Angemessen steigende CO₂-Preise sind die verlässlichen Rahmenbedingungen, die es braucht, um Investitionen in Effizienz, Erneuerbare Energie und Innovationen zu lenken sowie um Strukturbrüche zu vermeiden. Teile des Finanzmarktes und der Wirtschaft haben die Notwendigkeit angemessener CO₂-Preise erkannt und rechnen bereits heute CO₂-Preise von 30 bis 40 Euro je Tonne in ihre kommenden Projekte ein. Ausreichende und längerfristig kalkulierbare CO₂ Preissignale sind in den allermeisten Fällen die bessere Alternative zu komplizierten Förderprogrammen und Verboten.

Das genau berechnete Konzept des CO₂ Abgabe e.V zeigt, wie eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung ausgestaltet werden kann, um die bestehenden Steuern und Umlagen am Klimaschutz neu auszurichten. Eine rechtliche Bewertung (national, europäisch, Welthandel <GATT, WTO>) zeigt, dass eine nationale CO₂ Abgabe gesetzeskonform umgesetzt werden kann.

Auch zu den zurecht gestellten Fragen nach der Versorgungssicherheit, dem möglichen Import von Atom- und/oder Kohlestrom, der möglichen Verlagerung von Produktion und damit Treibhausgasen ins Ausland (Carbon leakage) liegen ausreichend konkrete Lösungsansätze vor.

Eine pragmatische und erfolgreiche europäische Klimapolitik wird den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) um wirksame preisbasierte Instrumente ergänzen und damit die Energiewende für Bürger und Unternehmen transparenter gestalten und Planungssicherheit wieder herzustellen.

Daher bitten wir Sie, einen Passus im Koalitionsvertrag aufzunehmen, der folgende Leitplanken formuliert:

- ✓ Die Ausrichtung der Besteuerung der fossilen Energieträger (Mineralölprodukte, Erdgas und Kohle usw.) an ihrem Treibhausgaspotenzial statt wie bisher an ihrem Energiegehalt.
- ✓ Eine Konkretisierung und Ausweitung einer CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr), die konform zum Europäischen Emissionshandel ist.
- ✓ Die Verwendung der Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung zur Entlastung der Bürger und Unternehmen, u.a. zur Reduktion der EEG-Umlage und damit die energiebezogenen Steuern und Umlagen am Klimaschutz neu orientiert.
- ✓ Aufbauend auf dem EU-ETS und nationalen CO₂-Bepreisungen eine Initiative zu beschließen, die wirksame CO₂-Preise in allen Sektoren auf europäischer Ebene einführt.

Die nationale CO₂-Bepreisung mit Rückbau aller anderen Umweltabgaben könnte ein gangbarer Kompromiss für alle Parteien der zukünftigen Jamaika-Koalition sein. Denn mit diesem marktwirtschaftlichen Instrument sind z.B. genau zeitlich festgelegte Abschaltpläne für Kohle- und Braunkohlekraftwerke nicht notwendig.

Für weitere Rückfragen und zu Gesprächen stehen wir gerne zur Verfügung. Wir wünschen ein gutes Gelingen bei den Koalitionsverhandlungen.

Herzliche Grüße,

Jörg Lange, Vorstand CO₂ Abgabe e.V.

P.S.:

Angehängt finden Sie eine ausführliche Ausarbeitung zur rechtlichen Machbarkeit einer CO₂-Bepreisung auf fossile Energieträger und Ausweitung auf alle Sektoren sowie einen umfangreicheren Diskussionsbeitrag. Ausführliche Informationen auch unter co2abgabe.de